

Dr. Eberhard Grabow

Rechtsanwalt

RA Dr. Grabow, Wismarsche Straße 169, 19053 Schwerin

vorab per Fax

Deutscher Bundestag
Ausschuß für Ernährung pp.
z.Hd. des Vorsitzenden
Platz der Republik 1

11011 Berlin

* *Dr. jur. Eberhard Grabow*
*Wismarsche Straße 169 * 19053 Schwerin*
(Gerichtsfach 82)

USt. Nr. 090 / 225 / 00594

<i>Chron. Botul.- Politik</i>

Bei Antwort und Zahlung bitte angeben

Schwerin, 2011-11-23

Betr: Anregung zur Selbstbefassung mit dem dem Problem des chronischen Botulismus

Sehr geehrter Herr Goldmann,

in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wende ich mich in einer Angelegenheit an Sie, die Ihnen bereits bekannt ist. Ich handele dabei sowohl in meinem eigenem Namen als auch in meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter mehrerer Landwirte und ihrer Familien. Mein Anliegen besteht in Folgendem:

1. Rückblick und Problembeschreibung

Seit mehr als 10 Jahren kämpfen die von chron. Botul. betroffenen Landwirte bislang erfolglos gegenüber Bund und Ländern um Unterstützung. Da auch Sie mit diesen Fragen nach meinen Informationen bereits befaßt waren, setze ich insoweit Ihre Vorkenntnis voraus. Kurz gefaßt :

- Das Krankheitsbild des chron. Bild ist zwar bereits international langjährig bekannt, wird aber in Deutschland von Agrarpolitik und vet.-med. Praxis weitgehend ignoriert.
- Ein klares Meinungsbild der Wissenschaft gibt es noch nicht, weitere Untersuchungen sind dringend erforderlich, werden aber von staatlicher Seite nicht mit gebotener Intensität vorangetrieben.
- Diese offenbar politisch gewollte staatliche Untätigkeit erfährt dann noch durch den permanent erhobenen Vorwurf der Behörden eine von den Betroffenen nur noch als zynisch zu verstehende Zuspitzung, ursächlich für die Krankheit seien innerbetriebliche Mängel bei Fütterung und Haltung.
- Unterdessen führen die von der Krankheit betroffenen Landwirte einen verzweifelten Kampf um die Sicherung ihrer Existenz und müssen zusätzlich schwere gesundheitliche Schäden am eigenen Leibe sowie an ihren Familienangehörigen und Mitarbeitern erleiden. .

Da jedoch nunmehr **gesichert bundesweit von bis zu 2.000 betroffenen Betrieben** auszugehen ist, **bedarf** dieser **status quo dringender Veränderung**.

Mündliche Rechtsauskünfte sind nur nach schriftlicher Bestätigung rechtswirksam.
Telefon: (0385) 59 11 50 Fax: (0385) 59 11 518 e-mail: Dr.E.Grabow-RA@mvnet.de
Geschäftskonto: Postbank Hamburg Kto-Nr. 403 523 206; BLZ 200 100 20
RA-Anderkonto: Postbank Leipzig Kto-Nr. 55 786 900; BLZ 860 100 90

2. gegenwärtiger Stand

Nach der Gründung der „Interessengemeinschaft Botulismus und Clostridiose betroffener Tier- und Landbesitzer e.V.“ im Juli vergangenen Jahres, der auch ich als Gründungsmitglied angehöre, haben wir uns für eine dreigliedrige Strategie entschieden:

Erstens wollen wir **die Politik aufrütteln**, ihren Dornröschenschlaf zu beenden und das Nötige zu tun.

Zweitens wollen wir über die **Einschaltung der Medien die Öffentlichkeit informieren**

Drittens wollen wir alle uns möglichen **rechtlichen Schritte** einleiten, um unsere Ziele zu erreichen.

Deshalb übersende ich anliegend

- zu 1: meinen Schriftverkehr mit dem BMELV und dem Petitionsausschuss
- zu 2: den Artikel in der „ZEIT“ vom 25.08.2011 mit dem Titel: „Die ignorierte Seuche“
- zu 3: die Kopie meiner Strafanzeige an den Generalbundesanwalt

Aus der Gesamtschau dieser Unterlagen wird mein Rechtsstandpunkt deutlich:

Der Bundesgesetzgeber hat in § 1 Abs.2 Ziff 1 Tierseuchengesetz per definitionem festgelegt, was er unter einer Tierseuche versteht. Mißt man an diesem Maßstab die heute bereits bekannten Symptome und Folgen des chron.Botul., so ergibt sich zweifelsfrei auch für den juristischen Laien:

Hier handelt es sich um eine Tierseuche – auf Melde- oder Anzeigepflicht kommt es rechtlich ebensowenig an wie auf einen unbestritten noch vorhandenen weiteren Forschungsbedarf !

Diese permanente und eklatante rechtswidrige Auffassung muß schnellstens beendet werden.

Dies ist der Inhalt des „Appells von Fallingbostal“, den ich gleichfalls beifüge. .

3. Ausblick

Dieser Aufruf ist im großen und ganzen weiterhin aktuell. Die darin erhobenen Forderungen sind Angesichts der Komplexität des Problems zu differenzieren.

Retrospektiv geht es um die **Einrichtung eines Entschädigungsfonds, prospektiv** fordern wir die **Aufnahme des chron. Botul. in die Liste anzeigepflichtiger Tierseuchen**. Diese Forderung wird nunmehr **erweitert um die Forderung nach Aufnahme dieser Seuche in die Liste der**

Berufskrankheiten. Zunehmend wurde in den zurückliegenden Monaten deutlich, welches Gefahrenpotential auch für die menschliche Gesundheit dieser Infektionskrankheit innewohnt.

Die künftigen Entwicklungen werden im Prozess der politischen Meinungsbildung auf Ebene des Bundes und der Länder zu gestalten sein.

Diesen Prozess zu beschleunigen ist Anlaß meines Briefes.

Nur am Rande sei erwähnt:

Verlauf und Ergebnisse einer Beratung vom 20.09.2011 im Hause des BMELV sind aus unserer Sicht unbefriedigend, da es sich hierbei nur um eine Alibi – Veranstaltung handelte, wenn die Veranstalter es nicht für nötig hielten, auch die unmittelbar Betroffenen dazu einzuladen.

Die Schadenersatzansprüche der Betroffenen für die Vergangenheit sollten hingegen nach unserer Auffassung durch einen Entschädigungsfonds beglichen werden. Anderenfalls wären wir gezwungen, den langen und steinigen Weg einer gerichtlichen Klärung mit ungewissem Ausgang zu beschreiten. Wie ein solcher Entschädigungsfonds konzipiert werden könnte, hatte ich bereits in meinem jüngsten Schreiben an den Petitionsausschuss skizziert. Ich zitiere daraus wie folgt:

In einem ersten Schritt wird die Anzahl der Betroffenen festgestellt, einschließlich eines von ihnen zu erbringenden gerichtsfesten Nachweises ihres Gesamtschadens. Dazu ist eine bestimmte Ausschlußfrist zu setzen, nach deren Ablauf verspätet eingehende Anträge abgelehnt werden können. Nach Feststellung des Gesamtschadens aller Betroffenen wird im zweiten Schritt sodann durch die Konferenz der Agrarminister von Bund und Ländern (AMK) die Aufbringung der Mittel und die Modalitäten der Auszahlung vereinbart. Das nach meiner Kenntnis Ende Oktober in Suhl stattfindende Herbsttreffen der AMK sollte „der Politik“ Gelegenheit bieten, sich hierzu erstmals zu verständigen.“

Um auch dem von Ihnen geleiteten Ausschuss die Dimension des Problems zu verdeutlichen, weise ich darauf hin, dass die Summe wirtschaftlicher und gesundheitlicher Schäden in den von mir vertretenen Fälle bereits heute im hohen sechs-, teilweise auch siebenstelligen Bereich liegt.

Per saldo reden wir also bundesweit über einen dreistelligen Millionenbetrag !

4. procédere

Diese inhaltlichen Forderungen sind abschließend auf ihre taktische Umsetzbarkeit hin zu überprüfen. Aus meiner Sicht sollte der Prozess politischer Meinungsbildung von Parlament und Regierung folgende Schritte umfassen:

- a) Die AMK führt in der Tat auf ihrer nächsten Beratung in vier Wochen eine erste Vorberatung durch.
- b) Der Ausschuss für ELV führt noch im Herbst 2011 eine öffentliche Anhörung zum Problem des chron. Botulismus durch. Dabei sollten angehört werden:
 - ba) Frau BM Aigner, ihr Staatssekretär Bleser und der zuständige Ref.leiter Dr. Bätza,
 - bb) die Agrarminister von Schlesw.-Holstein, Meckl.-Vorpommern, Sachsen und Niedersachsen
 - bc) Vertreter des R.-Koch- Institutes, des F. Loeffler – Institutes sowie des BfR
 - bd) die Professoren Monika Krüger (Leipzig), Helge Böhnelt (Göttingen), Dirk Dressler (Hannover)
 - be) die Betroffenen K. Wohldmann und N. Bratschovsky (MV), H. Strpohsal sen und jun. (S.-H), M. und U. Kuder (Sachsen), H. Bormann (Niedersachsen) sowie der Unterzeichner
- c) Der Petitionsausschuss, der von Ihnen geleitete Ausschuss für ELV sowie möglicherweise die mit dieser Angelegenheit gegenwärtig noch nicht befaßten Ausschüsse für Gesundheit und Soziales bilden sich zu den Teilproblemen „Entschädigungsfonds“, „Anerkennung des chron. Botul. als Tierseuche“ und „Anerkennung des chron. Botul. als Berufskrankheit“ eine einheitliche Meinung.
- d) Im Ergebnis dieser Meinungsbildung wird zwischen Politik, Wissenschaft und Betroffenen ein Fahrplan (neudeutsch „roadmap“) verabredet, der politische Weichenstellungen ebenso enthält wie die Gewißheit für die Betroffenen, noch 2012 ihr Geld zu erhalten.

Sehr geehrter Herr Goldmann,

meine Mandanten und all die anderen Betroffenen sind als Landwirte mittelständische Unternehmer, die zugleich auch Wähler und Steuerzahler sind.

Von Bauernverband und BDM bislang mit ihrem Anliegen allein gelassen, beschreiten sie nunmehr den soeben noch einmal aufgezeichneten Weg.

Wenn für „notleidende Banken“ und insolvenzgefährdete EU – Nachbarn Milliardenbeträge vorhanden sind, wenn die von EHEC Betroffenen und die mecklenburgischen Bauern für einen nassen Sommer entschädigt werden, dann muß dieses Recht auch beispielsweise dem vogtländischen Bauern Mario Kuder und seiner Familie sowie dem mitgeschädigten Kind Marten Wolter /Wohldmann/ (Pflegestufe III und GdB 100) zustehen. .

Mit freundlichen Grüßen


Rechtsanwalt

Anlagen